

Hohenstein-Ernstthal'sches Tageblatt

Amtsblatt.

Nr. 228.

Mittwoch, den 1. Oktober 1913.

Zweites Blatt.

Vor 100 Jahren.

1. Oktober 1813.

Cernitschew hält einen prunkvollen Einzug in Kassel, begrüßt von dem begeisterten Jubel der Bevölkerung. Bald nach dem Einzuge erließ er eine Proklamation, in der er im Namen des Kaisers von Rußland und des Kronprinzen von Schweden das Königreich Westfalen für aufgelöst erklärte und die Bewohner Westfalens aufforderte, sich dem Kampfe gegen die Franzosen anzuschließen. Etwa 1000 Westfalen traten in den Dienst der Verbündeten und wurden zu einem unter das Kommando des Major v. Dörnberg gestellten Bataillon formiert, das später an die englisch-deutsche Legion angeschlossen wurde.

Darum mußte Cernitschew schon am 4. Oktober wieder den Rückzug antreten, da von Mainz her größere französische Truppenmassen nahten. Am 7. lehrte General Mörz, am 16. Jerome wieder nach Kassel zurück. Aber mit freudigen Gesängen hatte doch alle Welt gemerkt, wie schwach begründet die französische Herrschaft in Deutschland war. Cernitschew mußte Bedacht darauf nehmen, beim Rückzug jeden Zusammenstoß mit dem Feinde zu vermeiden, damit die reiche Beute, unter anderem 79 000 Taler aus der Staatskasse, nicht gefährdet werde. Die meisten Kofaten hatten die Beutestücke so hoch auf ihre Pferde gehäuft, daß sie die Tiere am Zügel führen mußten.

Deutschland und Norwegen.

Der deutsche Schriftsteller und Dichter Max Beer, der in der norwegischen Hauptstadt Bergen in einem öffentlichen Vortrag über des Kaisers Frithjof-Denkmalrede sprach, hatte dort eine Unterredung mit dem norwegischen Staatsminister Christian Michelsen, der sich über die Beziehungen Deutschlands und Norwegens folgendermaßen äußerte:

„Von einer Verschlechterung des deutsch-norwegischen Verhältnisses sei nicht das geringste bemerkbar. Das Verhalten der vieltausendköpfigen deutschen Flottenmannschaft sei geradezu vorbildlich für jede Nation gewesen. Die Verehrung für den Kaiser als Persönlichkeit und besonnener Politiker sei allgemein. Der wahre Grund der Diskussion über die Zweckmäßigkeit eines regelmäßigen Erscheinens der deutschen Flotte in grandioser Kriegesrüstung innerhalb der norwegischen Gewässer liege absolut nicht in irgendeiner Abneigung oder Feindseligkeit gegen Deutschland selbst, sondern lediglich in der Befürchtung einer Verdrängung der Neutralität Norwegens in den Augen anderer besuender Mächte. Die Behauptung, König Haakon blühe auf Deutschland mit einer von England mißgünstig gefärbten Brille, sei durchaus absurd. Michelsen sei selbst Zeuge gewesen, mit welcher Herzlichkeit König Haakon auf seinem Panzerschiff den Kaiser auch für die Zukunft willkommen hieß.

Es sei töricht und widersinnig, zu glauben, Norwegen sei ein geheimer Feind der Zwietscherei zwischen Deutschland und England. Im Gegenteil sei es Michelsen tiefste Überzeugung, daß eine zunehmende Freundschaft zwischen Deutschland und England die ideale Konstellation in der europäischen Politik bedeuten würde. Des Kaisers Mahnruf zum Zusammenschlusse von Skandinavien, Deutschen und Angelsachsen habe eine prinzipielle Sympathie bei allen Norwegern gefunden. Daher freute er sich, daß sich die Trennungswunde zwischen Norwegen und Schweden immer mehr verfeinere und gänzlich verschwinden werde, zumal die über alles Erwarten glückliche ökonomische Entwicklung Norwegens einen segensreichen Verkehr mit Schweden gewährleiste. Das Denkmal des Kaisers sei als eine edle Gattgabe mit Dankbarkeit aufgenommen worden.“

In seinem Vortrage sprach Beer den Vergleich aus, daß wie Norweger und Schweden trotz ihrer Trennung in einer Bedrohung Skandinaviens wieder frei zusammenstehen werden, ebenso in zukünftigen großen asiatischen Gefahren die deutsche und englische Flotte die alte Wassergemeinschaft von Waterloo auf fernem Ozean erneuern könnte. Eine kontinentale Zertrümmerung Deutschlands durch eine französisch-russisch-englische Allianz würde das größte politische und ökonomische Unglück für alle germanische Kultur sein. Die Frithjofrede des Kaisers überblide weite Zukunftsaufgaben, an denen auf der Grundlage ihrer persönlichen Freiheit auch die skandinavischen Völker mitarbeiten sollten.

17. Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins.

In der Hauptversammlung, die gestern Montag im „Kaufmännischen Vereins-Hause“ in Chemnitz zusammentrat, waren außer Herrn Oberbürgermeister Dr. Sturm, der die Versammlung mit warmen Worten willkommen hieß, und Herrn Bürgermeister Hübschmann Vertreter der verschiedensten städtischen Körperschaften, der Handelskammer, zahlreiche Landtagsabgeordnete, Seminar Direktoren, Vertreter der höheren Lehranstalten von Chemnitz, Aerzte, Vertreter der Presse, Abgeordnete des Deutschen, des Württembergischen, des Schlesi-schen Lehrervereins, sowie Ehrengäste aus anderen Städten anwesend. Unter allgemeiner Zustimmung wurde ein Guldigungstelegramm an Se. Majestät den König abgesandt. Leider mußte die Versammlung mit tiefem Bedauern Kenntnis nehmen von einem Daneschreiben des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, in dem es seine Behinderung mitteilte.

Den Hauptvortrag hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Raumann über das Thema: Der volkswirtschaftliche Nutzen der Ausgaben für die Volksschule. Redner begründete folgende Leitsätze:

1. Einleitung: Alle Erziehungsarbeit hat einen über alle Nützlichkeitsbegründungen hinausgehenden Wert in sich selbst und kann erfolgreich nur auf idealistische Weise betrieben werden. Trotzdem aber bedürfen die starken finanziellen Aufwendungen von Gemeinde und Staat für Schulzwecke einer volkswirtschaftlichen Begründung, weil sie anderen ebenfalls berechtigten Zwecken zunächst entzogen werden.

2. Das staatliche Interesse. Als Gründe für Schulzwang und Schulausgaben werden seit der Aufklärungszeit geltend gemacht: a) Besserung der bürgerlichen Sitten (Erleichterung von Justiz, Polizei, Hygiene) durch Religion, Moral und Aufsicht. b) Erhöhung der militärischen Brauchbarkeit (Militärdisziplin, Disziplin, Patriotismus) durch geistige Bildung, Schulzucht und Vaterlandserziehung. c) Ermöglichung der staatsbürgerlichen Betätigung (Selbstverwaltung, Volksvertretung, Wahlrechte) durch Kenntnisse, Lesen und Schreiben. d) Steigerung der wirtschaftlichen Staatsleistungen (Zuwachs an Steuerkraft, Abnahme der Armenlasten) durch Stärkung der persönlichen Tüchtigkeit.

3. Das wirtschaftliche Interesse. Je mehr durch den gedewirtschaftlichen Austausch des kapitalistischen Zeitalters die Privatwirtschaft zum Bestandteil der Gesamtwirtschaft gemacht wird, desto höher steigt das Interesse der Allgemeinheit an der Wirtschaftsfähigkeit des einzelnen. Es steigern sich dabei die Anforderungen an die durchschnittlichen Kenntnisse und Fertigkeiten aller Volks- und Wirtschaftsgenossen: a) Da jeder einzelne zum Verkäufer seiner Arbeit und Käufer seines Lebensbedarfs gemacht wird, erhebt sich das Rechnen zur allgemeinen Notwendigkeit. b) Da der Wettbewerb innerhalb der Ausnahmewirtschaft jeden einzelnen zwingt, mit verbesserter Technik zu arbeiten, muß die alte Betriebsweise durch verstandesmäßig geschulte Anpassung ersetzt werden: Material- und Werkzeugkunde. c) Da der wachsende Verkehr jeden einzelnen von auswärtigen und fremden Vorgängen abhängig macht, muß die Kenntnis der Erdkunde zunehmen.

4. Der Rückgang der Hauswirtschaft. In dem Maße, als durch Betriebsvergrößerungen die Trennung von Arbeit und Wohnstätte sich vollzieht, vermindert sich der sachliche Inhalt der Hauswirtschaft und wächst in Industriegebieten das gewerbliche Interesse an systematischer Arbeitserziehung der Volksmasse. Trotz der großen vorhandenen Schwierigkeiten ist auf diesem Gebiet sowohl im Interesse der Unternehmer und Arbeiter, wie in dem der nationalen Volkswirtschaft überhaupt ein neuer lohnspieliger Fortschritt des Schulwesens notwendig.

5. Die Rentabilität der Ausgaben. Da die Wirkung der Schulerziehung auf sehr verschiedene Lebensgebiete und nur allmählich zutage tritt, läßt sich eine irgendwie greifbare Rentabilitätsberechnung nicht aufstellen, aber man darf mit Recht den Aufschwung des deutschen Staates und der deutschen Volkswirtschaft mit denjenigen Ausgaben in Zusammenhang bringen, die im Laufe des letzten Jahrzehntes für die Volksschule geleistet wurden. Insbesondere aber ist eine weitere Steigerung der deutschen Qualitätsleistungen nicht denkbar ohne weitere Aufwendungen für die Erziehung der dazu nötigen Arbeitskräfte.

6. Die Schule als volkswirtschaftliche Anstalt. Da alle Aufwendungen, mögen sie von Staat oder Gemeinde aufgebracht werden, vom Ertrage der Gesamtarbeit genommen werden müssen, so liegt es im eigenen Interesse der Schule, alles zu tun, was diesen Ertrag fördern kann. In diesem Sinne ist die Schule nicht nur

eine moralische, sondern auch eine volkswirtschaftliche Anstalt.

Dem etwa zweistündigen Vortrage folgte minutenlang dröhnender Beifall. Eine Debatte wurde in Würdigung des Vortrags einstimmig abgelehnt.

Am Nachmittag fanden eine Anzahl Besichtigungen statt, denen sich um 4 Uhr eine Nebenversammlung der freien Vereinigung für philosophische Pädagogik anschloß. Um 6 Uhr fand im neuen Stadttheater eine Festvorstellung statt; gegeben wurde Richard Wagners „Meingold“. Mit einer großen öffentlichen Versammlung im Kaufmännischen Vereinshaus, in der Herr Reichstagsabgeordneter Raumann über das Thema „Weltwirtschaft und Schule“ sprach, erreichte der zweite Verhandlungstag sein Ende.

Aus dem Reich.

Die Jesuitenfrage vor dem sächsischen Landtag.

Die nationalliberale Fraktion der Zweiten sächsischen Ständekammer wird im Landtag einen Antrag einbringen, der dahin geht, die sächsische Regierung möge ihre Bevollmächtigten im Bundesrat beauftragen, mit aller Entschiedenheit gegen den Reichstagsbeschluss auf Aufhebung des Jesuiten-paragraphen Front zu machen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diesen Antrag der nationalliberalen Fraktion in Zusammenhang bringt mit dem Eintreten des konservativen Landtagsabgeordneten Dr. Mangler für die Jesuiten, eine Stellungnahme, die seinerzeit großes Aufsehen erregte. Allerdings dürfte dem Antrag der Nationalliberalen eine große Mehrheit in beiden Kammern sicher sein, da die sächsischen Konservativen in ihrer überwiegenen Mehrheit erfreulicherweise die Stellungnahme ihres Abgeordneten Dr. Mangler abgelehnt haben.

Andere nationalliberale Anträge und Interpellationen werden eine Reform des Beamtenrechts, verschiedene wichtige Verkehrsangelegenheiten und die Reform der ersten Kammer zum Gegenstand haben. Wegen der Besoldungsordnung werden jetzt schon Petitionen einzelner Beamtengruppen vorbereitet.

Der Reichsbankdiskont.

Nützlich hieß es, daß ab 1. Oktober der bisherige hohe Diskont eine Ermäßigung erfahren dürfte. Diese Hoffnung hat sich aber vorläufig als eine trügerische erwiesen. Wie in der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank mitgeteilt ward, ist die Lage des Geldmarktes — offenbar infolge starker Geldansprüche an die Privatbanken — nach wie vor eine sehr gespannte. Der Vizepräsident des Zentralausschusses betonte u. a.: Selbstredend bestehe seitens des Reichsbankdirektoriums die Absicht, den jetzigen hohen Satz nicht länger aufrechtzuerhalten, als die Gesamtlage der in Betracht kommenden Verhältnisse es erfordere. Bis jetzt habe sie es erfordere; ob sie es auch im kommenden Quartal erfordere, lasse sich noch nicht sagen. Eine Vermutung in dieser Beziehung sei wieder von ihm noch von einem der übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums geäußert worden.

Zusammenfluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Landwirte.

Der „Nat. Ztg.“ zufolge ist ein Zusammenschluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Landwirte in der Form erfolgt, daß beide Vereinigungen einen gemeinsamen Reichsausschuß bilden wollen, der sich wieder in Provinzial- und Landeskartelle gliedert. Auf die Organisation der einzelnen Ortsgruppen soll dabei besondere Sorgfalt verwendet werden.

Die Ausländerplage an den deutschen Universitäten.

Da seit einiger Zeit in steigendem Maße berechtigte Klagen über das übermäßige Anwachsen der Zahl der ausländischen Studierenden geführt werden, welche die Zulassung an zweckentsprechender Benutzung der Universitätsanstalten hindern, so hat sich der preussische Kultusminister, einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, veranlaßt gesehen, eine bestimmte Höchstzahl festzusetzen, die von den Studierenden keiner fremden Nation überschritten werden darf. Die Maßregel erstreckt sich nicht auf die bereits zugelassenen Studierenden, sondern nur für die künftigen Immatrikulierten Bedeutung.

Der Umfang der Reichspost.

Nach der neuesten amtlichen Statistik umfaßte die Reichspost Anfang dieses Jahres 34 700 Postanstalten und 72 200 Telegraphenanstalten, die natürlich größtenteils vereinigt sind. Es kommt jetzt eine Postanstalt auf 1603,

eine Telegraphenanstalt auf 1725 Einwohner. Eine Postanstalt kommt auf 12,8 Quadratkilometer, eine Telegraphenanstalt auf 13,8 Quadratkilometer. In den letzten 25 Jahren sind durchschnittlich täglich zwei neue Postanstalten und gegen drei neue Telegraphenanstalten entstanden. An Briefsendungen wurden 1912: 9192 Millionen und an Wertsendungen 297 Millionen befördert. Die vermittelten Werte betragen 50 Milliarden. Im letzten Jahre wurden 61 Millionen Telegramme befördert und 2097 Millionen Gespräche vermittelt. Die Zahl der Fernsprechstellen beträgt jetzt 1118 000, von denen 34 000 öffentliche sind.

Aus dem Auslande.

Französisch-spanische Verbrüderung.

Die einstündige Audienz, die König Alfonso in San Sebastian dem französischen Minister Barthou gewährte, galt vornehmlich der Feststellung der Hauptzüge für die Trinitätsreden des Königs und Poincarés. Den Pressevertretern gegenüber äußerte sich Barthou über diese Audienz mit begreiflicher Zurückhaltung: „Es war viel von Marokko und von den wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Spaniens die Rede. Wir dürfen die aufrichtige Franzosenfreundschaft des Königs als Gewähr für ein die Wohlfahrt beider Völker förderndes Zusammenwirken beider Völker betrachten. Ueber den Umfang des gegenseitig zu machenden Zugeständnisse läßt sich derzeit noch nichts sagen.“ Barthou betonte, daß er zwar in Vertretung des noch für einige Tage beurlaubten Pichon gegenwärtig für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich sei, daß aber dem mit Poincaré nach Madrid gehenden Pichon der Abschluß der Verhandlungen vorbehalten bleibe. König Alfonso zeigte sich durch die Guldigungen, die ihm von der französischen Kolonie in San Sebastian bereitet wurden, hoch erfreut und erklärte: „Wenn ich von den Franzosen in Frankreich freundlich begrüßt werde, so mag ich dies auf Rechnung der traditionellen Höflichkeit stellen; aber eine spontane Liebenswürdigkeit auf spanischem Boden ist für mich doppelt wertvoll.“

Der französische Kriegsminister beschuldigt.

Der Kriegsminister Etienne erklärte einem Berichterstatter, er begreife die Erregung nicht, die die von einigen Blättern über die Manöver veröffentlichten Kritiken im Publikum hervorgerufen hätten. Er könne nur wiederholen, daß der Oberbefehl bewundernswert sei und die Truppen eine vollständige Widerstands- und Leistungsfähigkeit gezeigt hätten. Gewiß gebe es mancherlei zu verbessern. Gegenwärtig würden die genauen Berichte festgestellt. Sobald er sie in Händen habe, werde er sehen, welche Entschlüsseungen zu treffen seien. Er werde nicht zögern, aus den gemachten Erfahrungen alle Konsequenzen zu ziehen. Das Land habe während der letzten Monate ein bewundernswertes Beispiel von Zuversicht und Selbstverleugung gegeben. Es habe ein Recht darauf, zu verlangen, daß jeder seine Pflicht tue.

Ausplünderung eines deutschen Reisenden in Persien.

Wie ein Telegramm aus Meshed berichtet, ist der deutsche Reisende Niedermeyer in der Nähe von Meshed von Räubern völlig ausgeplündert worden.

Unglückliche Gesichte der Spanier in Marokko.

Einen sehr schweren Kampf sollen die Spanier, wie aus Tanger gemeldet wird, nach Mitteilungen von Eingeborenen mit einer Garde der aufständischen Marokkaner bei Larraoch gehabt haben. Die Verluste auf beiden Seiten sollen sehr groß sein. Als besonders schwerwiegend wird hervorgehoben, daß von spanischer Seite nichts über einen Sieg verlautet, sondern über den Ausgang des Kampfes völliges Stillschweigen herrscht. Während des Kampfes soll ein Versetzen eines spanischen Kriegsschiffes unter den eigenen Truppen großen Schaden angerichtet haben. Zahlreiche Granaten eines spanischen Kreuzers, der durch sein Feuer die spanischen Bewegungen unterstützen sollte, fielen infolge einer falsch berechneten Schußkurve in die eigenen Reihen und töteten und verwundeten zahlreiche spanische Soldaten.

Sächsisches

Hohenstein-Ernstthal, 30. Sept. 1913.

—a. Die Gewinnung des Serpentinsteines im fürstlichen Forst, in den Steinbrüchen unterhalb des Wasserwerkes im Langenberger Walde, wird seit einiger Zeit schwingvoll betrieben durch einige auswärtige Arbeiter, die im Auftrage einer Firma aus Zöblitz i. S.